



Änderungs- / Zusatzantrag

zur Vorlage-Nr.:	17/SVV/0973
Änderungsantrag-Nr.:	17/SVV/0973-01
Status:	öffentlich
Einreicher:	GRÜNE BI StE/PIRAT
Datum:	24.04.2017
Leitbild Integration der Stadt Frankfurt (Oder)	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
27.04.2017	Stadtverordnetenversammlung

a)

Ersetze in

- Abschnitt 2.) Satz 2
- Leitlinie 4
- Leitlinie 6
- Abschnitt 4.) Unterabschnitt „Soziale Teilhabe und Partizipation“ (2x)
jeweils „Bürgerinnen und Bürger“ durch „Einwohnerinnen und Einwohner“.

b)

Ersetze in Abschnitt 4.) Unterabschnitt „Interkulturelle Öffnung“
„Neubürgerinnen und Neubürger“ durch „neuen Einwohnerinnen und Einwohner“

c)

Ersetze in Leitlinie 1 „Bürgergesellschaft“ durch „Stadtgesellschaft“

d)

Im vorletzten Absatz von Abschnitt 2.) fasse die Sätze von „Dem Gedanken des... bis ... in das gesellschaftliche Leben einbringen.“ wie folgt neu:
„Ein gelingender Integrationsprozess setzt die Anerkennung der Grund- und Menschenrechte voraus. Er bedarf der Bereitschaft von Aufnahmegesellschaft und Zugewanderten, die Rahmenbedingungen in Frankfurt (Oder) so zu gestalten, dass sie eine Integration befördern und unterstützen. Dies beinhaltet auch die Chance, sich in Frankfurt (Oder) eine langfristige und sichere Existenz aufzubauen und sich nach den jeweiligen Möglichkeiten in das gesellschaftliche Leben – also auch den Integrationsprozess – einzubringen.“

e)

Füge in Leitlinie 2 hinter „grenzüberschreitenden“ ein „Anerkennung der“

f)

Fasse Satz 2 und 3 der Leitlinie 5 wie folgt neu:

„Zugewanderte erhalten in Frankfurt (Oder) die bestmöglichen Chancen, ihre Potenziale zu entfalten und zu nutzen. Dies verlangt die Bereitschaft der Zugewanderten und der Aufnahmegesellschaft, Mitverantwortung für das Gelingen der Integration zu übernehmen und offen zu sein für neue Lernprozesse.“

g)

Füge eine neue Leitlinie 7 ein:

„7. Leitlinie

Integration ist ein aktiv gestalteter Prozess. Sowohl die Aufnahmegesellschaft als auch die Zu-gewanderten erhalten die Möglichkeit, ihre eigenen Perspektiven, Erfahrungen, Bedürfnisse und Ideen einzubringen. Einwohner/innenbeteiligung schließt daher sowohl die Zugewanderten als auch die Aufnahmegesellschaft mit ein. Von Einwohner/innen selbstorganisierte Initiativen zur Integration werden durch die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt.“

und benenne die bisherige Leitlinie 7 in Leitlinie 8 um.

h)

In Abschnitt 4.) Unterabschnitt „Bildung“ füge zu Beginn des Abschnitts ein:

„Ziel ist es, allen Menschen einen gleichberechtigten und bedarfsgerechten Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Ebenso wie bei der Aufnahmegesellschaft, nehmen auch bei Zugewanderten“ und setze dann mit dem bisherigen ersten Satz fort, in dem nur das Wort „nehmen“ gestrichen wird.

i)

In Abschnitt 4.) Unterabschnitt „Bildung“ füge im 3. Absatz hinter „... erwachsener Zugewanderte bereitgestellt.“ ein: *„Zum anderen sind aber auch Bildungsangebote im formalen und non-formalen Bereich gefordert, die sich vor allem an die Aufnahmegesellschaft richten und bei ihr kulturelle Vielfalt und Mehrsprachigkeit fördern sowie ihre Kompetenzen für eine inklusive und offene Gesellschaft stärken.“*

j)

In Abschnitt 4.) Unterabschnitt „Gesundheit“ fasse die ersten beiden Sätze wie folgt neu: *„Allen Einwohnerinnen und Einwohnern dieser Stadt soll ein gleichwertiger Zugang zu Gesundheitseinrichtungen ermöglicht werden. In Bezug auf Integration bedeutet dies, dass existierende Zugangsbarrieren für Zugewanderte erkannt und Maßnahmen zu ihrem Abbau entwickelt werden.“*

*Deutsch nur 108 am
Rand!*

k)

In Abschnitt 4.) Unterabschnitt „Soziale Teilhabe und Partizipation“ füge in der Überschrift hinter „Soziale“ ein „und kulturelle“.

l)

In Abschnitt 4.) Unterabschnitt „Soziale Teilhabe und Partizipation“ im letzten Absatz fasse den Satz beginnend mit *„Es sind die Bürgerinnen und Bürger... bis gelingt.“* Durch folgende Sätze neu: *„Es sind die Einwohnerinnen und Einwohner – Zugewanderte sowie auch einheimische Frankfurterinnen und Frankfurter – die durch ihr Handeln entscheiden, ob und wie Integration gelingt. Eigene Perspektiven, Erfahrungen, Bedürfnisse und Ideen der Aufnahmegesellschaft als auch die Zugewanderten spielen dabei eine zentrale Rolle, denn durch sie können Menschen sich auch individuell am Integrationsprozess beteiligen. Verschiedene Möglichkeiten der Einwohner/innenbeteiligung sollen daher verstärkt angeboten werden und sowohl die Zugewanderten als auch die Aufnahmegesellschaft mit einschließen.“*

m)

In Abschnitt 4.) Unterabschnitt „Interkulturelle Öffnung“ ersetze die Passage
„...dass bestimmte institutionelle Strukturen, Prozessabläufe und Handlungspraxen für
Zugewanderte erhebliche Barrieren darstellen können. Um ihnen gleichberechtigte Zugänge
zu ermöglichen, müssen diese Zugangshürden erkannt und verkleinert werden.“ durch
„...dass bestimmte institutionelle Strukturen, Prozessabläufe und Handlungspraxen nicht nur,
aber besonders auch für Zugewanderte erhebliche Barrieren darstellen können. Um allen
Menschen gleichberechtigte Zugänge zu ermöglichen, müssen diese Zugangshürden
erkannt und verkleinert werden.“

Begründung:

a)-c) Der Begriff Bürgerinnen und Bürger ist missverständlich, da er so verstanden werden kann, als ob er sich nur auf deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger beziehe. Beim Thema Integration geht es aber eben gerade auch darum, sowohl Staatsbürger/innen anderer Länder, die in Frankfurt (Oder) leben, als auch Menschen ohne einen bestimmten Status, die aber dennoch Einwohner/innen von Frankfurt (Oder) sind, mitzudenken. Der Begriff Einwohner/innen ist somit weiter gefasst.

d), f), h), i), j), k), l), m) An diesen Passagen sollte stärker deutlich gemacht werden, dass der Integrationsprozess beide Seiten – die Zugewanderten und die Aufnahmegesellschaft gleichzeitig betrifft und jeweils beide Perspektiven berücksichtigt werden müssen, um eine erfolgreiche Integration zu erreichen. Durch eine ausgewogene Betrachtung beider Gruppen auf Augenhöhe kann Unmut und Stereotypen entgegengewirkt werden.

e) redaktionell, hier scheint etwas zu fehlen.

g), l) Die neue Leitlinie hebt hervor, was im Text bisher nur angeklungen ist – dass eine aktive Beteiligung der Einwohner/innen notwendig ist – und stellt klar, dass auch die Einwohner/innenbeteiligung sowohl die Aufnahmegesellschaft als auch die Zugewanderten umfasst. Es geht darum, Möglichkeiten zu schaffen, dass Personen aus beiden Gruppen ihre eigenen Vorschläge, Ideen, Perspektiven und Probleme einbringen können, damit Integration bei den Bedürfnissen und Interessen der in Frankfurt (Oder) lebenden Menschen ansetzt.

k) Da im Text wesentlich auf kulturelle Teilhabe eingegangen wird, sollte sich dies in der Überschrift widerspiegeln.

Anlagen: keine

Entscheidungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mit Mehrheit	<input type="checkbox"/>	zurückgezogen
<input type="checkbox"/>	Ja	<input type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>	Enthaltung
<input type="checkbox"/>	lt. Beschlussvorlage	<input type="checkbox"/>	abweichend	<input type="checkbox"/>	abgelehnt
<input type="checkbox"/>	zur Kenntnis genommen				
<input type="checkbox"/>	überwiesen				
<input type="checkbox"/>	Ausschließung § 22 BbgKVerf	Es wurden keine Ausschließungsgründe angezeigt.			
<input type="checkbox"/>	Wiedervorlage				